

Zum Antrag der LAG Energie

„Hamburg wird Vorreiter bei der Wärmewende: Dafür Kohleausstieg in Hamburg und im Bund voranbringen!“

Wir möchten auf folgendes hinweisen, auf das der LAG Antrag nicht eingeht:

Vattenfall plant den Bau einer Fernwärmeleitung unter der Elbe. Sie soll zwischen der Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm (MVR) und der Trabrennbahn Bahrenfeld verlaufen, wo die Wärme ins zentrale Wärmenetz eingespeist werden soll. Das geht aus Planungsunterlagen hervor, die die Umweltbehörde kürzlich verschickt hat.

Viele befürchten, dass eine solche Elbquerung zum Anschluss des Kohlekraftwerks Moorburg führen kann. Der BUND hat daher in seiner PM vom 19.6.17 erklärt: „Wir lehnen die neue Fernwärmeleitung ab, da sie in der Konsequenz **eine Anbindung des umstrittenen Kohlekraftwerks Moorburg an das Hamburger Fernwärmenetz ermöglicht**. Das wäre für die Klimabilanz Hamburgs die denkbar schlechteste Lösung“.

Die grün geführte Behörde entgegnete, derlei werde nicht geplant. Und der vorliegende Antrag der LAG Energie "Hamburg wird Vorreiter bei der Wärmewende" enthält als zweite Forderung: "Wir bekräftigen das im Koalitionsvertrag verankerte Nein zu Kohlewärme aus Moorburg." Super!

Der BUND führt jedoch aus: „Die MVR, mehrheitlich im Besitz des Energiekonzerns Vattenfall, beliefert derzeit das Unternehmen Schindler mit Wärme. Sollte die MVR künftig die Fernwärme nach Norden abgeben, könnte das Kohlekraftwerk Moorburg diese Lücke schließen, indem eine weitere Leitung vom Kraftwerk zur MVR gebaut und von dort die bereits vorhandene Leitung MVR–Schindler genutzt wird. Damit wäre ein Anschluss des Kraftwerkes Moorburg an das Hamburger Fernwärmenetz am Knotenpunkt MVR jederzeit möglich.“

Außerdem bedeutet der Liefertausch MVR/Schindler, dass ohnehin mehr als ein Drittel der Kohlewärme aus Wedel durch Kohlewärme aus Moorburg ersetzt werden würde.

Ein weiterer Grund warum wir nicht glauben, dass nach einem Bau der Elbquerung die Wärme aus Moorburg vom zentralen Fernwärmenetz ferngehalten werden kann:

Vattenfall will eine große Power-to-heat-Anlage (also eine Anlage die u. a. mit Strom Wärme erzeugt) auf dem Moorburger Kraftwerks-Gelände errichten, deren Wärme ins zentrale Wärmenetz fließen soll. Vattenfall, der jetzige Besitzer des Fernwärme-Netzes hat ein enormes Interesse an bis zu 1 Milliarde Euro Förderung der in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugten Wärme – zusätzlich zu den Gewinnen aus dem Verkauf der Steinkohlewärme an die hoffentlich dann wieder der Stadt gehörende Wärmegesellschaft.

Der BUND fordert einen klaren vertraglichen Ausschluss von Kohlewärme.

Allerdings: Verträge für erneuerbare Wärme aus dem Süden unter dauerhaftem Ausschluss von

Moorburgwärme werden sich in der laufenden Legislaturperiode kaum schließen lassen, weil keines der bisher diskutierten Module fertig sein wird und wahrscheinlich der Bau der neuen Fernwärmetrasse zur MVR wegen gerichtlicher Einsprüche noch nicht einmal begonnen sein wird. Den danach folgenden Senat wird man kaum binden können, da es ja auch ein von SPD / FDP oder CDU / FDP geführter sein könnte. CDU und FDP haben die Nutzung von Wärme aus dem Kohlekraftwerk Moorburg kürzlich wiederholt gefordert.

Ein Wärmegesetz versuchten die Grünen bei den letzten Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu vereinbaren. Die SPD lehnte und lehnt dies aber ab.

Wie ein Anschluss an das HKW Moorburg von Vattenfall und der BUE begründet werden könnte

In der Nord-Süd-Variante plant die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) eine große Wärmepumpe am Auslauf des Klärwerks Dradenau und kleinere Beiträge industrieller Abwärme. Um die im Netz erforderliche Vorlauftemperatur für Fernwärme zu erreichen, wird die Wärme aus der MVR benötigt. Sollte sich herausstellen, dass die so erzeugte Wärme zu teuer ist – wofür viel spricht – dann stünde als Ersatz das Kohlekraftwerk Moorburg zur Verfügung.

Und der Klimaschutz?

Die Wärme aus Moorburg wäre keineswegs nur Abwärme, die ohnehin entsteht. Es müsste in großem Umfang zusätzlich Steinkohle verbrannt werden, wodurch die CO₂-Emissionen beträchtlich steigen würden. **Die Klimaschutzziele des Senats** (50% Reduktion gegenüber 1990 bis 2030 und 80% bis 2050) **können so auf keinen Fall erreicht werden**. Und: Die absehbar **lange Planungs- und Bauzeit der Trasse** mit zu erwartenden Klagen und zivilgesellschaftlichem Widerstand würden das alte HKW Wedel mindestens vier Jahre länger laufen lassen als nötig – mit großen Emissionen: CO₂, Schwermetalle, Feinstaub usw.

Die Kosten der Trasse könnten die Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes verhindern

Die Baukosten einer Moorburgtrasse von mindestens 150 Mio. € würde Vattenfall Wärme Hamburg (VWH) tragen, was den Ertragswert des Unternehmens stark schmälern würde. Für den Rückkauf wird 2018 der Wert des Unternehmens ermittelt. Liegt dieser Wert deutlich unter dem Mindestpreiskaufpreis von 950 Mio. €, **könnte der Senat den Rückkauf des Fernwärmenetzes** mit folgender Begründung **ablehnen**: *Die Landeshaushaltsordnung verlangt von uns einen sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln, deshalb dürfen wir den Volksentscheid nicht umsetzen*. Diese Drohung kam 2014 vom SPD-Senat in einer Antwort auf eine Anfrage des grünen Abgeordneten Kerstan. Im Dezember 2016 argumentierte ebendieser, mittlerweile Senator des BUE, nun genauso wie ehemals der SPD-Senat.

Was ist die Alternative?

Die Nord-Variante ist kostengünstiger, klimaverträglicher und schneller zu realisieren.

Gasbetriebene Großmotoren, die Wärme und Strom bereitstellen, können schnell realisiert und durch die Kraft-Wärme-Kopplungs-Zuschläge vollständig finanziert werden. Sie können um 2030 nach und nach auf Wasserstoff umgestellt werden, der mit Hilfe von Windstrom erzeugt wird. Bereits heute werden Windkraftanlagen zeitweise abgestellt, weil der Strom nicht genutzt werden kann. Anlagen zur Nutzung von biogenen Abfallstoffen, die von der Stadtreinigung Hamburg geplant werden, können einen weiteren wesentlichen Beitrag leisten. Eine Großwärmepumpe, die dem Elbwasser Wärme entzieht und ein HKW, das mit Stroh oder Restholz betrieben wird, kämen hinzu. So können die Klimaziele für 2030 erfüllt werden.

Deshalb fordern wir: Statt der sogenannten Nord-Süd-Variante für den Ersatz des Kohlekraftwerks Wedel muss die Nord-Variante ohne Elbquerung gewählt werden,

deren Planung momentan weitgehend vernachlässigt wird und die Umweltsenator Jens Kerstan im März 2017 in einer Sitzung der LAG der Grünen nur als "Rückfallvariante" bezeichnete.

Hier im Überblick genannte und weitere Gründe:

- 1. Die hohen zu erwartenden CO₂-Emissionen widersprechen dem Volksentscheid, Satz 2 („klimaverträgliche ... Energieversorgung“, vgl. Text unten).**
- 2. Der Ausbau erneuerbarer Wärme wäre für Jahre weitgehend blockiert, weil Steinkohlewärme das Netz verstopft.**
- 3. Vattenfall wird die Kosten für die Trasse auf die Verbraucher*innen umlegen. Das widerspricht ebenfalls dem Volksentscheid, Satz 2 („sozial gerechte ... Energieversorgung“).**
- 4. Der Rückkauf des Fernwärmenetzes und damit die Umsetzung des Volksentscheids ist akut gefährdet.**
- 5. Die profitable Existenz des Steinkohlekraftwerks in Moorburg wäre über viele Jahre gesichert.**

Der Text des Volksentscheids, für den auch die Grünen erfolgreich gekämpft haben:

Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

Weitere detaillierte Informationen und Argumente finden sich auf der Seite des Hamburger Energietisches: www.hamburger-energietisch.de

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

